

Ausschuss für Verwaltung, Wirtschaft und Gesundheit
des Schwarzwald-Baar-Kreises
Sitzung am 29.04.2024

Drucksache Nr. 217/2024 öffentlich

Sachstand zur Umsetzung der Digitalisierungsstrategie

Anlagen: -

Gäste: -

Sachverhalt:

I. Ausgangslage

Im Jahr 2022 wurde die Digitalisierungsstrategie des Landratsamtes Schwarzwald-Baar-Kreis verabschiedet. In dieser wurden, aufbauend auf einer Stärken-Schwächen-Analyse, strategische Ziele in fünf unterschiedlichen Handlungsfeldern definiert.

Einen Überblick bietet folgende Strategie-Landkarte:

Digitaler Kundenservice	Behördennetz	Führung und Politik	Digitale Verwaltung	Mitarbeitende
Ausbau/Integration von Service-BW	Förderung der Zusammenarbeit zwischen Landkreis und Gemeinden	Planungs- und Budgetierungsprozess effizienter gestalten	Erstellung eines Produkt- und Servicekatalogs	Erstellung Digitalisierungs-Schulungskonzept
Digitale Antragstellung im Rahmen des OZG ermöglichen	Kostensparnisse durch Anbindung weiterer kommunaler Einrichtungen im Landkreis	Flächendeckendes IT-Sicherheitskonzept erarbeiten und fortschreiben	Bereitstellung einer leistungsfähigen IT-Infrastruktur	Auswahl und Qualifizierung Digitallotsen
Online-Beratungen durchführen	Synergieeffekte nutzen durch Vernetzung und Benutzung gemeinsamer Technologien	Erhöhung der Transparenz	Flächendeckender Einsatz des DMS-Systems enaio	Implementierung eines Knowledge-Management (Wissensdatenbank)
Einheitliche Online-Terminvereinbarung anbieten	Sicherstellung der Kommunikationsfähigkeit im Katastrophenfall	Entwicklung eines Management-Dashboards (Übersichtstools)	Entwicklung von effizienten digitalen Prozessen und Workflows	Verbesserung des Onboarding-Prozesses (Einführung neuer Mitarbeitenden)
Erleichterung der Kommunikation			Moderne Arbeitsplatzgestaltung	Personalgewinnungs-Prozess optimieren

Seit der Beschlussfassung zur Digitalisierungsstrategie im Juli 2022 wurden durch das Amt für Digitalisierung in Kooperation mit den Fachämtern eine Vielzahl von Maßnahmen umgesetzt. Die Dynamik der Digitalisierung bringt es jedoch mit sich, dass weitere Maßnahmen im Bereich der Handlungsfelder umgesetzt bzw. Schwerpunkte nochmals nachgeschärft wurden. Nachfolgend sind die in den einzelnen Handlungs-

feldern wesentlichen Maßnahmen zur Umsetzung der Digitalisierungsstrategie beschrieben.

II. Wesentliche Maßnahmen

Handlungsfeld „Digitaler Kundenservice“

Ausbau und Integration von Service-BW / Digitale Antragstellung im Rahmen des OZG

Auf dem Portal Service-BW wurden weitere Prozesse aktiviert und neue Onlineangebote, wie zum Beispiel iKfz (internetbasierte Kraftfahrzeugzulassung), verlinkt. Aktuell stehen über Service-BW den Bürgerinnen und Bürgern insgesamt 19 aktivierte Prozesse zur Verfügung.

Darüber hinaus wird die Nutzung von so genannten EfA-Leistungen (Einer für Alle-Prinzip) angestrebt, wie zum Beispiel ViBA BW (virtuelles Bauamt). Des Weiteren beteiligen wir uns in Pilotprojekten mit dem Sozialministerium, wie der Einrichtung des digitalen Antrags auf Hilfe zur Pflege.

Bei der Förderung der digitalen Antragstellung im Rahmen des Online-Zugangsgesetzes sieht sich das Landratsamt gleichwohl mit sehr wechselhaften, dynamischen und überaus komplexen Rahmenbedingungen konfrontiert, die eine zügige Umsetzung einer digitalen Antragstellung für die Bürgerinnen und Bürger deutlich erschwert.

So sollen beispielsweise mit der Wirtschaftsplattform des Landes Niedersachsen und der Sozialplattform aus Nordrhein-Westfalen zwei Serviceportale zur Umsetzung gebracht werden, die auch Prozesse beinhalten, die bereits auf Service-BW vorhanden sind. Die Entwicklungen rund um Service-BW oder weiterer Bürgerserviceportale werden vom Amt für Digitalisierung stetig beobachtet und mit größtmöglicher Flexibilität auf Veränderungen reagiert.

Eine große Herausforderung bleiben auch nach wie vor fehlende einheitliche Daten- und Schnittstellenstandards. Diese fehlenden einheitlichen Datenstandards führen mitunter dazu, dass Daten aus einer Antragsstrecke im (Front-End) nicht ins Fachverfahren (Back-End) übernommen werden. Ein durchgängiges (end-to-end) digitalisiertes Antragsverfahren ist hierdurch nicht möglich.

Die Nutzungszahlen von Online-Leistungen durch die Bürgerinnen und Bürger sind auch weiterhin gering. Ein Grund hierfür liegt vermutlich in den hohen Authentifizierungshürden für die Einrichtung eines Bürgerkontos auf Service-BW. Denn für die Authentifizierung ist die Nutzung der eID Funktion des Bundespersonalausweises

erforderlich. Des Weiteren ist auch die Schriftform für die Antragstellung bei einer großen Zahl von Verwaltungsvorgängen erforderlich, was ebenfalls einer zügigen Digitalisierung im Wege steht.

Einheitliche Online-Terminvereinbarung anbieten

Das Landratsamt hat die Möglichkeit einer Online-Terminvereinbarung für die Bürgerinnen und Bürger seit Juni 2022 ausgeweitet. Termine können von Bürgerinnen und Bürgern somit flexibel und unabhängig von den Telefonsprechzeiten vereinbart werden. Aktuell wird die Online-Terminvereinbarung auf der Homepage zur Verfügung gestellt und von verschiedenen Ämtern, wie zum Beispiel dem Amt für Soziale Sicherung, Pflege und Teilhabe (Alter und Technik, Pflegestützpunkt, Wohngeld, BAföG, Asyl, Grundsicherung, Betreuungsbehörde), dem Kreisarchiv, dem Landwirtschaftsamt und dem Gesundheitsamt genutzt.

Erleichterung der Kommunikation

Die Kommunikation mit dem Landratsamt soll durch verschiedene Angebote, wie zum Beispiel der Nutzung eines Chatbots, ergänzt und verbessert werden.

In einem Kooperationsprojekt mit der Stadt Villingen-Schwenningen wird gemeinsam mit dem Rechenzentrum Komm.ONE ein Chatbot entwickelt, welcher auf der Homepage eingerichtet wird. Die Besucherinnen und Besucher der Homepage werden künftig die Möglichkeit haben, einem Chatbot Fragen zu stellen, auf die dieser dann antwortet. Der Chatbot verweist dann auf weiterführende Informationen und Online-Angebote auf unserer Homepage oder auf das Portal Service-BW. Aus dem Kooperationsprojekt ergeben sich Vorteile, wie zum Beispiel, dass die Chatbots auf eine gemeinsame Datenquelle zugreifen und somit der Chatbot des Landkreises bei einer Dienstleistung, für die die Stadt zuständig ist, dies mit den entsprechenden Informationen beantworten kann und umgekehrt.

Ein wichtiger Schritt zur Erleichterung der Kommunikation ist des Weiteren die WLAN-Ausleuchtung in den Verwaltungsgebäuden. Seit Beginn des Projekts wurden ca. 70 Accesspoints installiert. Die WLAN-Ausleuchtung kann sowohl von den Besucherinnen und Besuchern als auch von den Mitarbeitenden genutzt werden.

Handlungsfeld Behördennetz

Förderung der Zusammenarbeit zwischen Landkreis und Gemeinden

Durch die Einrichtung der Stelle einer E-Government-Koordinatorin, wurde die Kommunikation und der Wissenstausch zwischen den kreisangehörigen Kommunen und dem Landratsamt deutlich verbessert. Regelmäßige, durch die E-Government-Koordinatorin des Landratsamtes, organisierte Vernetzungstreffen fördern das gemeinsame Verständnis und Lernen im Bereich der Digitalisierung. Die E-Government-Koordinatorin des Landratsamtes war in den vergangenen Jahren in den Gemeinde-

und Stadtverwaltungen für Informations- und Beratungsgesprächen vor Ort. Die Stelle der E-Government-Koordinatorin ist aktuell nicht besetzt, befindet sich aber in der Ausschreibung. Allerdings handelt es sich um eine vom Land geförderte Projektstelle, die nicht im Stellenplan verstetigt ist. Gleichwohl organisiert das Landratsamt auch weiterhin Netzwerktreffen und fördert den interkommunalen Austausch mit den Digitallotsen und Digitalisierungsbeauftragten der kreisangehörigen Städte und Gemeinden.

Anbindung kommunaler Einrichtungen an das kommunale Verwaltungsnetz

Mittlerweile sind 25 Objekte (4 Rathäuser und 21 weitere kommunale Gebäude wie z. B. Schulen) an das kommunale Verwaltungsnetz angebunden. Perspektivisch soll die Aufgabe der Anbindung an den Zweckverband Breitband übergeben werden. Hierzu finden bereits Abstimmungsgespräche zwischen dem Landratsamt und dem Zweckverband Breitband statt. Bis zum Zeitpunkt des Aufgabenübergangs sollen weitere Anbindungen realisiert werden.

Handlungsfeld „Führung und Politik“

Informationssicherheit

Die digitale Transformation muss zwingend auch die grundlegenden Aspekte zur IT-Sicherheit berücksichtigen. Hierzu müssen ausreichende Ressourcen (Personal, Technik) zur Verfügung stehen. Daher wurde die Stelle des Chief Information Security Officer (CISO) ausgeschrieben und wird zum 01.05.2024 besetzt sein. Der CISO wird die Rolle des Gesamtverantwortlichen für Informationssicherheit im Landratsamt einnehmen, Sicherheitskonzepte erstellen und beim Ausbau der IT-Sicherheitsinfrastruktur unterstützen. Ziel ist dabei die Erlangung des IT-Grundsicherungs-Profil: Basis-Absicherung Kommunalverwaltung.

Handlungsfeld „Digitale Verwaltung“

Flächendeckender Einsatz des DMS-Systems enaio

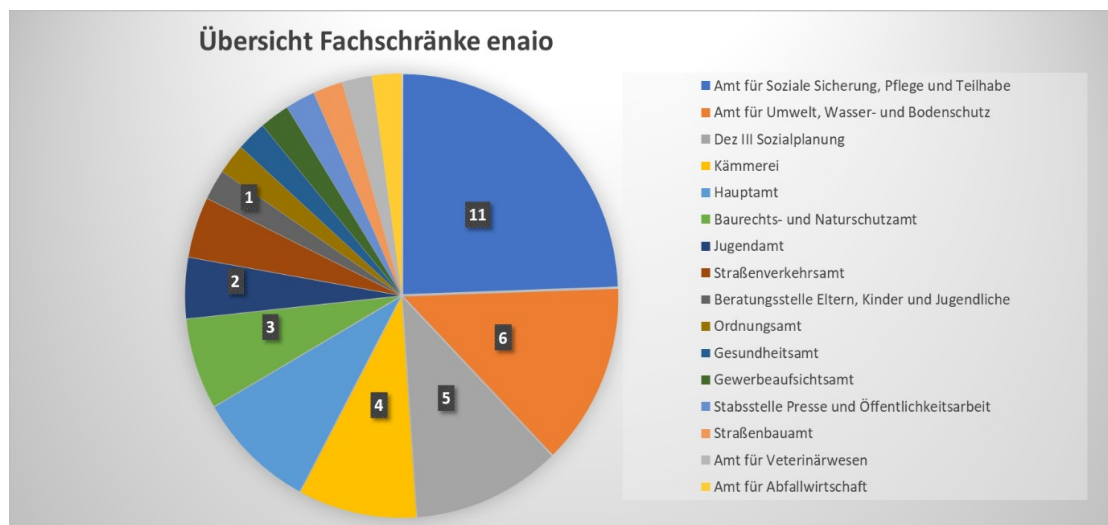
Die Nutzung des Dokumentenmanagementsystems enaio ist eine der Grundvoraussetzungen für digitales Arbeiten. Mittlerweile ist enaio zur allgemeinen Schriftgutverwaltung in allen Ämtern des Landratsamtes eingeführt. Zum Dokumentenmanagementsystem enaio zählen auch weitere Module, wie der digitale Posteingang inklusive Posteingangsverscannung, die Anbindung von Fachverfahrens mittels Schnittstelle und die Verscannung der Bestandsakten. Im Rahmen der Einführung von enaio werden regelmäßig Schulungen durchgeführt. Größere Projekte in den letzten Monaten waren zum Beispiel die Weiterentwicklung der E-Akte im Jugendamt aufgrund der Fusion der Jugendämter, die Einführung der E-Akte im Gewerbeaufsichtsamt und die Entwicklung der elektronischen Personalakte. Aktuell wird die Multifunktionale Verfahrensakte für die Bearbeitung von Bauanträgen eingeführt.

Festzuhalten ist, dass mit der vollständigen Einführung der allgemeinen Schriftgutverwaltung ein wichtiger Meilenstein auf dem Weg zur Digitalisierung erreicht wurde.

Die nächste Ausbaustufe der digitalen Schriftgutverwaltung beinhaltet die Anbindung von Fachverfahren an einen Fachschrank in enaio (Bezeichnung Fachschrank mit Schnittstelle). Als Fachverfahren wird eine Software bezeichnet, die explizit für die Fallbearbeitung in den Fachämtern genutzt wird. Dabei besteht die Möglichkeit, dass ein Fachverfahren an mehrere Fachschränke angebinden ist.

Kommt in einem Amt kein Fachverfahren zum Einsatz, kann stattdessen die Entwicklung eines Fachschrankes in enaio selbst vorgenommen werden (Fachschrank ohne Schnittstelle).

Aktuell gibt es 23 Fachschränke mit Schnittstelle und 27 Fachschränke ohne Schnittstelle. Die folgende Abbildung zeigt die Anzahl der Fachschränke in den verschiedenen Ämtern. Jeder Fachschrank ist individuell zu entwickeln und zu administrieren. Für jeden Fachschrank müssen zudem gesonderte Schulungen durchgeführt werden. Dies verdeutlicht die Komplexität bei der Einführung digitaler Lösungen.



Insgesamt ist das Potenzial zur Anbindung von Fachverfahren an einen Fachschrank in enaio noch nicht ausgeschöpft. So kommen in den Fachämtern des Landratsamtes ca. 85 Fachverfahren zum Einsatz. Jede Schnittstellenanbindung und jede Entwicklung eines Fachschrankes erfordert jedoch nicht nur personelle Kapazitäten des Amtes für Digitalisierung und der Fachämter sondern auch auf Seite der Softwarehersteller, was derzeit eines der größten Hindernisse darstellt.

Die höchste Entwicklungsstufe im Bereich der elektronischen Schriftgutverwaltung ist die Einführung des digitalen Posteingangs in enaio. Mit der Einführung des digitalen Posteingangs ist es auch möglich, die E-Akte in enaio zu führen.

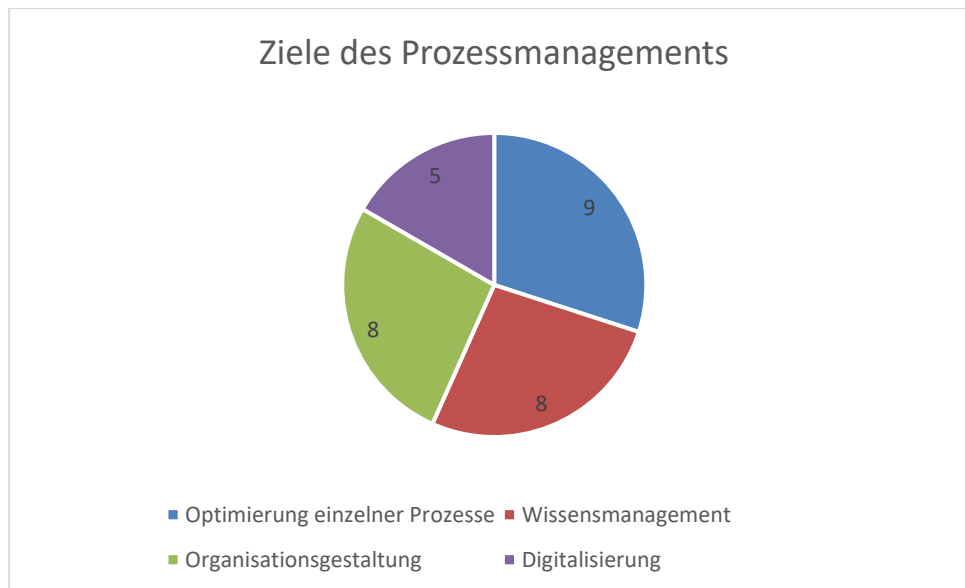
Sehr erfreulich ist die Entwicklung der Anzahl der Nutzer des digitalen Posteingangs. Mittlerweile sind ca. 576 enaio Nutzer an den digitalen Posteingang angebunden und nutzen diesen täglich. Dies sind mehr als die Hälfte aller enaio Nutzer im Landratsamt.

Entwicklung von effizienten digitalen Prozessen und Workflows und Aufbau Prozessmanagement

Die Analyse und Optimierung von Arbeitsabläufen – im weiteren Prozesse genannt - innerhalb des Landratsamtes wird eines der Schwerpunktthemen der kommenden Jahre sein. Das Amt für Digitalisierung geht davon aus, dass im Landratsamt ca. 3000 Prozesse bearbeitet werden. Dies umfasst rein interne Prozesse (wie z. B. Anträge aus dem Bereich Personalwesen) und externe Prozesse (insbesondere Anträge zu Verwaltungsleistungen durch Bürgerinnen und Bürger). Ein detaillierter Blick in die Prozesse bietet dabei Hinweise auf so genannte Medienbrüche (von Papier zu digital), Verfahrensbrüche (z. B. Händische Übertragung von Daten aus pdf Dokumenten) sowie umständliche oder überflüssige Bearbeitungsschleifen. Im Sinne einer Aufgabenkritik bietet ein so genanntes Prozessmanagement die Möglichkeit, bestimmte Tätigkeiten grundsätzlich zu hinterfragen (Stichwort: „Der beste Prozess ist der Prozess, den es nicht gibt.“). Des Weiteren kann ein gut strukturiertes Prozessmanagement auch einen wichtigen Beitrag im Bereich des Wissensmanagements leisten, da hierdurch Arbeitsvorgänge und Abläufe transparent gemacht werden. Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels ist dies auch innerhalb der Belegschaft des Landratsamtes ein sehr wichtiger Aspekt.

Das Amt für Digitalisierung hat aus diesem Grund im Jahr 2023 seine Aktivitäten zum Aufbau eines Prozessmanagements im Landratsamt intensiviert.

So wurde im Rahmen der Qualifizierung der Digitallotsen eine Prozessmanagement-Schulung durchgeführt. In der Schulung wurden die verschiedenen Ziele, die mit Prozessmanagement verfolgt werden können, thematisiert. Es hat sich gezeigt, dass auch die Digitallotsen aus den Fachämtern dem Thema einen großen Stellenwert beimessen, da gleich mehrere Ziele genannt wurden, wie folgende Grafik zeigt:



Die Verwaltung hat sich im Jahr 2024 der Prozessmanagement Offensive BW der Kehler Akademie e.V. und der PICTURE GmbH angeschlossen, um wichtige Lösungsbausteine für die professionelle Einführung von Prozessmanagement in der gesamten Verwaltung zu entwickeln. Es wurde zudem ein Rahmenvertrag mit der KGSt geschlossen, um professionelle Unterstützung und Beratung beim Aufbau eines Prozessmanagements in der Verwaltung zu erhalten.

Das Landratsamt hat eine innovative, neue Software erfolgreich getestet und für ein internes Antragsverfahren bereits zum Einsatz gebracht, die es ermöglicht Prozesse relativ schnell und einfach vollständig zu digitalisieren. Darüber hinaus konnte die Stelle einer Prozessmanagerin im Umfang von 50% besetzt werden.

Ein nachhaltiger Aufbau eines Prozessmanagements wird gleichwohl noch einige Jahre erfordern. So wird davon ausgegangen, dass die Aufnahme, Analyse und Optimierung eines Verwaltungsprozesses im Durchschnitt ca. 2 Arbeitstage in Anspruch nehmen.

Einführung eines Security-Operations-Center (SOC) und eines Endpoint-Detection and Respones Systems (EDR)

Ein wichtiger Meilenstein konnte im Bereich der IT-Sicherheit erreicht werden. Künftig wird ein Security-Operations-Center (externer Dienstleister) das Netzwerk des Landratsamtes ganzjährig und im 24/7 Betrieb überwachen und bei möglichen Auffälligkeiten sofort die verantwortlichen Personen informieren. Das SOC besteht aus einer Vielzahl von deutschsprachigen IT-Sicherheitsexperten die im Falle eines Cyberangriffes dem IT-Sicherheitsteam des Landratsamtes zur Verfügung stehen. Darüber hinaus arbeitet das Landratsamt mit einer EDR-Software, welche mittels Sensoren kontinuierlich die Aktivitäten auf allen Endgeräten des Landratsamtes überwacht. Mit diesen Maßnahmen wird das technische Sicherheitsniveau des Landratsamtes

nochmals gesteigert.

Handlungsfeld „Mitarbeitende“

Erstellung Digitalisierungs-Schulungskonzept

Mitarbeitende müssen für neue und digitale Arbeitsweisen ausgerüstet werden. In Zusammenarbeit mit dem Hauptamt wird nun jährlich ein gemeinsames Fortbildungsprogramm erstellt, in welchem das Amt für Digitalisierung verschiedene Schulungen in den Bereichen Digitalisierung und IT anbietet. Außerdem wird die Trainingsplattform WTT Campus.ONE für die Durchführung von verschiedenen E-Trainings genutzt. Das Amt für Digitalisierung prüft, wie weitere Schulungsangebote aussehen könnten und entwickelt das Angebot stetig fort.

Auswahl, Qualifizierung und Einsatz von Digitallotsen

„Kommunale Digitallotsen“ sind eine Initiative des Städtetags BW, der Landkreise und des Landes Baden-Württemberg mit dem Ziel, Verwaltungsmitarbeitende als digitale Multiplikatoren zu gewinnen. Die Digitallotsen stellen vor allem in Digitalisierungsprojekten das Bindeglied zwischen dem Amt für Digitalisierung und dem jeweiligen Fachamt dar und können wichtige Impulse setzen. In der Verwaltung wurde ein Konzept entwickelt, welches verschiedene Qualifizierungen für die Digitallotsen beinhaltet sowie Rolle und Aufgaben definiert. Das Konzept befindet sich in Umsetzung, da in regelmäßigen Abständen verschiedene Angebote für die Digitallotsen stattfinden, wie zum Beispiel Fortbildungen und Vernetzungstreffen. Ein größeres Vernetzungstreffen mit den Digitallotsen der kreisangehörigen Kommunen hat zu Beginn des Jahres stattgefunden.

Aufbau Projektmanagement

In den letzten Jahren wurden viele IT- und Digitalisierungsprojekte in der Verwaltung umgesetzt. Es hat sich gezeigt, dass die Anzahl der Projekte stetig zunimmt, was beispielsweise auf neue Anforderungen der Ämter, gesetzliche Änderungen und technische Weiterentwicklungen zurückzuführen ist. Um die Vielzahl der Projekte mit komplexen Aufgaben planen, organisieren und durchführen zu können, wird aktuell ein einheitliches Projektmanagement in der Verwaltung aufgebaut. Das Amt für Digitalisierung hat sich für die Projektmanagementsoftware Stackfield entschieden. Aktuell werden in verschiedenen Projekten, auch ämterübergreifend, Erfahrungen gesammelt. Parallel hierzu erarbeitet das Amt für Digitalisierung ein Organisationskonzept für das Projektmanagement im Landratsamt. Hierdurch soll ein optimaler und effizienter Einsatz der Projektmanagementsoftware erreicht werden.

III. Aktuelle Entwicklungen im Bereich der künstlichen Intelligenz (KI)

Generative KI in Form von Chatbots bietet die Möglichkeit, schnell und unkompliziert Inhalte zu erstellen. Im privatwirtschaftlichen Umfeld sind Large Language Models (LLM) wie ChatGPT, Luminous oder Bard mittlerweile Teil des Arbeitsalltages geworden. Die Entwicklungen im Bereich der künstlichen Intelligenz werden die Arbeitswelt in den kommenden Jahren fundamental verändern. Daher prüft auch das Amt für Digitalisierung intensiv mögliche Einsatzfelder.

In Unternehmen werden LLM oft jedoch ohne verbindliche Vorgaben angewendet. Der Betrieb von LLM erfolgt üblicherweise in einer Cloud, was entsprechende Datenschutzrisiken birgt. So ist zum einen der Schutz vertraulicher Daten gefährdet, weil viele Unternehmen mit demselben LLM-Modell cloudbasiert arbeiten, Eingaben für das weitere Training der Modelle genutzt und ihnen dadurch möglicherweise Geschäftsgeheimnisse und persönliche Daten übermittelt werden. Zum anderen besteht die Gefahr, personenbezogene Daten aufgrund unrichtiger Ergebnisse unzulässig zu verarbeiten, gerade bei besonders schützenswerten Datenkategorien. Die Grundlagen für einen datenschutzrechtlich unbedenklichen Einsatz von KI sind daher im Landratsamt aktuell noch nicht vorhanden.

Trotz dieser Hindernisse prüft das Amt für Digitalisierung gemeinsam mit anderen Landratsämtern, welche rechtlichen und technischen Möglichkeiten bestehen, eine datenschutzkonforme Nutzung von LLM in der Verwaltung des Landratsamtes zu ermöglichen.

IV. Weiterentwicklung der Digitalisierungsstrategie

Die im Jahr 2022 durch den Kreistag verabschiedete Digitalisierungsstrategie beschreibt die wichtigsten strategischen Ziele in sechs unterschiedlichen Handlungsfeldern. Die Digitalisierungsstrategie dient dem Landratsamt als eine wichtige Handlungsgrundlage und Leitfaden.

Im Rahmen einer kritischen Evaluation wurde jedoch festgestellt, dass die reine Beschreibung von Zielen in verschiedenen Handlungsfeldern der Dynamik im Bereich der Digitalisierung nicht gerecht wird. Festgestellt wurde auch, dass die Steuerungsmöglichkeiten über die Digitalisierungsstrategie nicht ausreichend sind. Denn entscheidend ist nicht allein, ob eine Maßnahme im Bereich der Digitalisierung umgesetzt wird, sondern welche Wirkung damit erzielt wird.

Aus diesem Grund erarbeitet das Amt für Digitalisierung aktuell ein digitales Reifegradmodell. Das Reifegradmodell soll dazu dienen die Entwicklungen im Bereich der Digitalisierung nicht anhand der Umsetzung verschiedener Maßnahmen, sondern durch die Erreichung von Entwicklungsstufen auch für die Entscheidungsebene transparent zu machen.

Das nachfolgende Beispiel des digitalen Reifegradmodells der Stadt Bocholt zeigt exemplarisch für das Handlungsfeld „Prozessmanagement“ die unterschiedlichen Entwicklungsstufen.

Handlungsfeld	Stufe 0	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Stufe 4	Faktor	Stufe
Prozessmanagement***	Prozesse sind weitestgehend analog (Papierform).	Erste Prozesse**** sind optimiert und weitestgehend medienbruchfrei. Einzelne Prozesse sind durch technische Unterstützung weitestgehend automatisiert. (Quick Wins)	ca. 40 % der relevanten Prozesse**** sind modelliert, optimiert und weitestgehend medienbruchfrei. Einzelne Prozesse sind durch technische Unterstützung weitestgehend automatisiert. ODER Alle Leistungen und Prozesse sind dokumentiert (in PICTURE / Prozessdashboard)	Alle Leistungen und Prozesse sind dokumentiert (in PICTURE / Prozessdashboard) UND werden regelmäßig überprüft und aktualisiert.	ca. 80 % der relevanten Prozesse**** sind optimiert und weitestgehend medienbruchfrei. Einzelne Prozesse sind durch technische Unterstützung weitestgehend automatisiert.	1,5	

Das Reifegradmodell soll zudem auch über einen Zahlenwert die Digitalisierungsschritte messbar machen. Über einen Faktor, kann die Gewichtung eines Handlungsfeldes festgelegt werden. Durch die Multiplikation mit dem Stufenwert, kann so für jedes Handlungsfeld auch rechnerisch der Reifegrad ermittelt werden. Hierdurch ist es möglich die Transparenz im Bereich der Digitalisierung zu erhöhen und Schwerpunkte herauszuarbeiten.

Der digitale Reifegrad soll einmal pro Jahr für alle Sachgebiete erhoben werden, um dann je Amt, Dezernat und für das gesamte Landratsamt den digitalen Reifegrad messbar zu machen.

Es ist vorgesehen das Reifegradmodell als Weiterentwicklung der Digitalisierungsstrategie im 1. Halbjahr des Jahres 2025 dem Kreistag zur Beschlussfassung vorzulegen.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Verwaltung, Wirtschaft und Gesundheit nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.